

POLEN UND DIE SOWJETUNION WÄHREND DER KRISE UM DIE TSCHESCHOSLOWAKEI (MÄRZ–OKTOBER 1938)

Von Jürgen P a g e l

Die Haltung Polens und der Sowjetunion am Beginn der Krise

Kazimierz Papée, in den entscheidenden Jahren 1937–1939 Gesandter in Prag, beantwortete im März 1940 die Frage eines Untersuchungsausschusses der polnischen Regierung in London nach den Grundlinien der polnischen Außenpolitik gegenüber der Tschechoslowakei wie folgt:

„Die Doktrin des Außenministeriums gegenüber der Tschechoslowakei war gekennzeichnet durch den Unglauben (niewiara) an die Dauerhaftigkeit des tschechoslowakischen Staates in der Form, die ihm die Friedensverträge aus dem Jahre 1918 verliehen hatten. Dieser Unglaube betraf sowohl die Möglichkeit einer Erhaltung des Sudetengebietes durch die Tschechoslowakei als auch ihre Fähigkeit zur Erhaltung und erfolgreichen Verteidigung der Slowakei. Darüberhinaus war das Außenministerium negativ gegenüber der Karpato-Ukraine eingestellt, die einerseits ein Zentrum irredentistischer ukrainischer Agitation und andererseits Prags ausgestreckte Schulter in Richtung Rußland darstellte und die Polen von Ungarn trennte.

Außerdem stellte die Frage des Teschener Schlesiens einen Stein des Anstoßes dar, über den das Außenministerium nicht zur Tagesordnung übergang. ... Das Außenministerium war der Ansicht, daß der von den Tschechen an sich gerissene ... polnische Teil des Teschener Schlesiens zu Polen zurückkehren müsse. Davon machte das Außenministerium die tatsächliche Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei sowie deren weitere eventuelle positive Entwicklung abhängig.“¹

Die Antwort des ehemaligen Gesandten enthielt die wesentlichsten Probleme der polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit, auch in der richtigen Reihenfolge. Die polnische Politik war davon überzeugt gewesen, daß der tschechoslowakische Staat zerfallen würde, ja, um der Lebensfähigkeit Polens willen, zerfallen müsse². Der tschechoslowakische Staat stand einem Ziel polnischer Außen-

¹ Schreiben Papées vom 15. 3. 1940. Polish Institute and Sikorski Museum, London, A. 11.49/Cz/2 (zitiert: PISM).

² Dem Unterstaatssekretär im Außenministerium, Miroslaw Arciszewski, hatte Beck anvertraut, daß das Testament Pilsudskis ihm aufgetragen habe, „die tschechische Schweinerei zu vernichten“ (świnstwo czeskie zniszczyć). Das habe geheißen, so Arciszewski erläutern weiter, „die Tschechoslowakei in der Form zu liquidieren, in der sie damals bestand“. Aussagen Arciszewskis vor der Kommission der polnischen Regierung in London zur Erforschung der Ursachen für die polnische Niederlage im September 1939 [Komisja powołana w związku z wynikami kampanji wojennej 1939 r.] vom 27. 2. 1941. PISM, A.11.49/Cz/2. Vgl. dazu auch Starzeński, Paweł: 3 lata z Beckiem [Drei Jahre mit Beck]. London 1972, 88, 159, 166.

politik im Wege, dessen Realisierung zu den „Lebensfragen der Außenpolitik Polens“ gehörte: Die gemeinsame polnisch-ungarische Grenze³. Ohne diese polnisch-ungarische Grenze fühlte man sich in Polen „von Europa abgeschnitten“⁴, zumal sie in der politischen Konzeption Außenminister Józef Beck's eine Schlüsselstellung einnahm. In einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze sah Beck einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der polnischen Großmachtstellung sowie ein entscheidendes Glied in der Kette auf dem Weg zur Konstruktion eines „Dritten Europa“. Eine solche Grenze war somit auch eine Vorbereitung auf eine eventuelle militärische Auseinandersetzung sowohl mit der Sowjetunion als auch mit Deutschland. Die Existenz dieser Tschechoslowakei und damit das Fehlen einer gemeinsamen ungarisch-polnischen Grenze hatte schon einmal im polnisch-russischen Krieg des Jahres 1920 auch ungarische Hilfe für Polen verhindert⁵.

Auch aus wirtschaftlicher Sicht stellte die Tschechoslowakei in polnischen Augen ein „Verkehrshindernis“ dar⁶. Polen brauche eine offene Verkehrsverbindung nach Süden, so Tadeusz Kobylański, Leiter der Politischen Abteilung im Außenministerium, in einem Brief an den polnischen Gesandten in Budapest, Leon Orłowski. Zwanzig Jahre Erfahrung mit der Tschechoslowakei hätten gezeigt, daß sie für diese Verbindung ein Hindernis darstelle⁷.

In der Grenze mit Ungarn sah man auf polnischer Seite darüberhinaus eine wirk-same Abriegelung vor der kommunistischen Gefahr, da die von Ukrainern bewohnten Gebiete der Tschechoslowakei in polnischen Augen ein „Agitationsfeld für russische Hetzpostel“ darstellten⁸. Die Zugehörigkeit der Karpato-Ukraine zur Tschechoslowakei, durch die eine polnisch-ungarische Grenze verhindert wurde, war aus polnischer Sicht auch deswegen eine ständige Provokation, da von hier aus Organisationen der ukrainischen Nationalbewegung ins polnische Ostgalizien hineinwirkten, wie auch Papée oben angemerkt hatte, bzw. Führer der ostgalizischen ukrainischen Nationalbewegung hier Unterschlupf fanden. Diese ukrainischen Organisationen wurden von Prag zum Teil offen unterstützt, um, wie der damalige französische Botschafter in Warschau, Jules Laroche, 1930 sicher nicht ganz zu Unrecht anmerkte, „eine

³ So der deutsche Botschafter in Warschau, Hans-Adolf von Moltke. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1937–1945. Serie D. Bd. V, 82 (zitiert: ADAP).

⁴ So Arciszewski in seiner Aussage in London v. 27. 2. 1941. PISM, A.11.49/Cz/2.

⁵ Vgl. Szklarska-Lohmannowa, Alina: *Polsko – czeskosłowackie stosunki dyplomatyczne w latach 1918–1925* [Polnisch-tschechoslowakische diplomatische Beziehungen in den Jahren 1918–1925]. Breslau 1967, 64 f. – Koźmiński, Maciej: *Polka i Węgry przed drugą wojną światową* [Polen und Ungarn vor dem Zweiten Weltkrieg]. Breslau 1970, 24.

⁶ Beck in einer Instruktion für den polnischen Gesandten in Budapest, Leon Orłowski, vom 1. 12. 1938. Archiwum Akt Nowych – Ministerstwo Spraw Zagranicznych [Archiv Neuer Akten – Außenministerium], Warschau, 6593 (zitiert: AAN, MSZ).

⁷ Kobylański in einem persönlichen Brief an Orłowski vom 10. 10. 1938. PISM, A.11.49/Cz/2. Vgl. auch Diariusz i Teki Jana Szembeka [Tagebuch und Akten Jan Szembeks], Bd. 4. Hrsg. v. Józef Zdrański. London 1972, 347 f. (zitiert: Szembek IV).

⁸ So Wacław Grzybowski, in den Jahren 1927–1935 Gesandter in Prag, zum damaligen deutschen Gesandten in Prag, Otto Freiherr von Stein. Vgl. dessen Bericht vom 1. 10. 1935. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (zitiert: PA.AA), Botschaft Warschau, Beziehungen Polen – Tschechoslowakei 1935–1937.

Loslösung dieser Provinz zu fördern, die als Bindeglied zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjet-Ukraine dienen würde“⁹.

Das von Papée mit dem Adverb „außerdem“ in die richtige Relation zur gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze gesetzte Problem des Olsa-Gebietes und der polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei wurde zu Beginn des Jahres 1938 nach deutschem Vorbild als Mittel zum Zweck in den Vordergrund gerückt. Und als nach dem Anschluß Österreichs im März 1938 die „Auseinandersetzung um die Sudeten-deutschen [rozgrywka sudecka] begann“, so formulierte es der ehemalige Unterstaatssekretär Mirosław Arciszewski im Jahre 1941 vor einem Untersuchungsausschuß der polnischen Regierung in London, „erfaßte unsere Diplomatie eine freudige Belebung [radosne ożywienie], denn die Liquidierung der Tschechoslowakei in ihrer damaligen Gestalt deckte sich mit unseren Bestrebungen“¹⁰.

Von seinen Mitarbeitern nach politischen Richtlinien gefragt, ordnete Außenminister Józef Beck an,

„daß unsere Revindikationen mit den deutschen Forderungen in der Weise parallel zu laufen haben, daß, wenn jene etwas fordern, das gleiche auch wir fordern werden. Wenn sie sich auf Forderungen für die Minderheit beschränken, werden auch wir nicht weiter gehen. Wenn sie die Autonomie für ihre Minderheit fordern, werden auch wir das tun. Wenn sie schließlich die Loslösung der ethnographisch deutschen Gebiete von der Tschechoslowakei verlangen sollten, werden wir ebenso mit den ethnographisch polnischen Gebieten verfahren“¹¹.

Beck zog am 21. März 1938 mit seiner Forderung nach Autonomie für „die unter tschechoslowakischer Herrschaft lebenden 250 000 Polen“ mit den deutschen Forderungen gleich¹².

Da in Warschau seit Januar 1938 klar gewesen sei, so der ehemalige Botschafter in Berlin, Józef Lipski, im März 1941 vor dem Untersuchungsausschuß in London, daß die Deutschen nicht nur Österreich, sondern auch die Sudeten haben wollten¹³, mußten auch auf polnischer Seite die Vorbereitungen für den nächsten Schritt in Angriff genommen werden. Der polnische Generalstab begann, die polnischen Ansprüche an die Tschechoslowakei auf der Landkarte abzustecken¹⁴. Auch eine Sabotageeinheit wurde reaktiviert und auf tschechoslowakisches Territorium geschleust¹⁵.

Die größte und für Polen gleichsam wichtigste Unbekannte in der von Warschau für möglich gehaltenen kriegesischen Auseinandersetzung um die Tschechoslowakei stellte die Haltung der Sowjetunion dar. Diese war zwar nach dem tschechoslowa-

⁹ L a r o c h e, Jules: La Pologne de Piłsudski. Paris 1953, 75.

¹⁰ So Arciszewski in seiner Londoner Aussage vom 27. 2. 1941. PISM, A.11.49/Cz/2.

¹¹ E b e n d a.

¹² B e c k, Józef: Beiträge zur europäischen Politik. Essen 1939, 457.

¹³ Aussagen Lipskis vom 6. 3. 1941. PISM, A.11.49/Cz/2.

¹⁴ Vgl. die Aussagen Arciszewskis vom 27. 2. 1941. E b e n d a. Die Karten sollten später als Grundlage für polnisch-deutsche Gespräche über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären dienen. Vgl. z. B. Monachium 1938 [München 1938]. Hrsg. von Zbigniew L a n d a u und Jerzy T o m a s z e w s k i. Warschau 1985, 384 (zitiert: Monachium 1938).

¹⁵ Im Februar 1940 legte Major Edmund Charaszkiewicz, im ehemaligen Zweiten Büro des Polnischen Generalstabes u. a. zuständig für Diversion, in Paris einen ausführlichen Tätigkeitsbericht über die Aktionen der Sabotageeinheit vor. PISM, BI.6c/12.

kisch-russischen Beistandspakt vom 16. Mai 1935 zur Hilfeleistung verpflichtet, wenn auch Frankreich der Tschechoslowakei Beistand leistete, jedoch stand Beck einem direkten sowjetischen Engagement zugunsten der Tschechoslowakei in eine mögliche Auseinandersetzung um diesen Staat eher skeptisch gegenüber. Die sowjetische Haltung während des Anschlusses Österreichs und der Litauenkrise hatten ihn darin bestätigt. Ausschließen aber wollte der Außenminister ein sowjetisches Eingreifen an anderer Stelle, etwa in Form einer Kompensationshandlung, nicht. Bereits Anfang März 1938 hatte er seinem Stellvertreter Jan Szembek gegenüber erklärt, daß er für den Fall einer Krise um die Tschechoslowakei eine sowjetische Aktion im „baltischen Bereich“ (na odcinku bałtyckim) erwarte¹⁶. In einer Studie des Außenministeriums war ihm dies vom Leiter des sowjetischen Referates, Stanisław Zabiello, bestätigt worden¹⁷. Ähnliche Befürchtungen waren auch in einem Briefwechsel aus dem Jahre 1937 zwischen Szembek und Botschafter Waclaw Grzybowski in Moskau angeklungen¹⁸.

Am 21. März 1938, dem Tag, an dem der polnische Außenminister öffentlich die Autonomieforderung für die polnische Minderheit an die Adresse der Tschechoslowakei formuliert hatte, schickte er ein Telegramm an seinen Botschafter in Rom, in dem er sich zunächst für die italienische Haltung während des Konflikts mit Litauen bedankte, um dann fortzufahren:

„Bitte fragen Sie als nächstes Ciano in meinem Namen auf vertrauliche Weise, ob die italienische Regierung bereit wäre, uns nähere Informationen über die im spanischen Feldzug gemachten Erfahrungen hinsichtlich des sowjetischen Kriegsmaterials und Personals zu erteilen.“¹⁹

Der polnische Außenminister war somit gewillt, sich auf den Ernstfall vorzubereiten, denn nach dem Anschluß Österreichs und der Aktualisierung der tschechoslowakischen Frage hatte zumindest die verbale Entschlossenheit sowjetischer Politiker, ihre Vertragsverpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei erfüllen zu wollen, sogar die Möglichkeit als realistisch erscheinen lassen, die Sowjetunion werde gegebenenfalls nicht zögern, auch polnisches Territorium zu verletzen, um der Tschechoslowakei effektive Hilfe leisten zu können. So erklärte der sowjetische Außenkommissar noch am Abend des 15. März 1938 – der Anschluß war gerade vollzogen worden, die polnisch-litauische Krise strebte dem Höhepunkt entgegen – auf die Frage amerikanischer Journalisten, ob die Sowjetunion der Tschechoslowakei zu Hilfe kommen werde, falls diese angegriffen würde, „daß es eine Selbstverständlichkeit sei, daß die UdSSR ihre Vertragsverpflichtungen erfülle“. Auf die Zusatzfrage, wie sich die Sowjetunion das angesichts einer fehlenden tschechoslowakisch-sowjetischen Grenze vorstelle, soll Litwinov erwidert haben: „Irgendein Korridor wird sich schon fin-

¹⁶ Szembek IV, 56.

¹⁷ Vgl. die Notiz Zabiello vom 22. 3. 1938 „Lettland, Estland und Finnland und die Gefahr eines sowjetisch-deutschen Krieges“. AAN, MSZ 6654. Zabiello's Gedanken wurden auch im offiziellen, geheimen und nur für den Dienstgebrauch vorgesehenen Informationsbulletin des Außenministeriums, *Polska a Zagranica* 6 (1938), abgedruckt.

¹⁸ Brief Szembeks an Grzybowski vom 20. 2. 1937. AAN, MSZ 12. Grzybowski war seit Juli 1936 als Nachfolger von Julius Łukasiewicz, der Botschafter in Paris geworden war, Botschafter in Moskau.

¹⁹ Telegramm Becks an die Botschaft in Rom vom 21. 3. 1938. AAN, MSZ 6120.

den“²⁰. Auf seiner offiziellen Pressekonferenz für ausländische Berichterstatter zwei Tage später, am 17. März, bekräftigte Litvinov diesen Standpunkt. Auf die Frage von Journalisten, ob die Sowjetunion auch „marschieren“ werde, wenn Frankreich der Tschechoslowakei nicht zu Hilfe komme, antwortete Litvinov, daß die sowjetische Regierung sich frei in ihrem Handeln fühle und selbst eine Entscheidung treffen werde. Wohl mit Blick auf die Haltung Frankreichs hatte Litvinov dieser Antwort hinzugefügt: „Es gibt ein französisches Sprichwort: *Sauve qui peut*“. Gefragt, auf welchem Weg die Sowjetunion diese Hilfe zu leisten gedenke, antwortete der Außenkommissar wiederum mit einem Sprichwort: „Where there's a will, there's a way“²¹.

Litvinovs Rückgriff auf den internationalen Sprichwortschatz war kein Zufall. Dahinter verbarg er die Absicht der sowjetischen Regierung, sich im Handeln nicht festzulegen. Das verbale Bekenntnis, die Sowjetunion werde zu ihren Vertragsverpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei stehen, barg für die sowjetische Politik kein allzu großes Risiko, da einer sowjetischen Intervention vertragsgemäß erst die französische Hilfeleistung vorauszugehen hatte. Außerdem mußte vor der Erklärung des Bündnisfalles durch die Vertragspartner hierüber eine Entscheidung des Völkerbundes herbeigeführt werden, da das Vertragswerk in dessen Rahmen abgeschlossen worden war. Da aber der Völkerbund in der damaligen politischen Wirklichkeit seine friedenssichernde Funktion kaum erfüllen konnte und eine französische Entscheidung nicht gegen den Willen Großbritanniens fallen würde, lief die Sowjetunion kaum Gefahr, ihre Verpflichtungen erfüllen zu müssen²².

Die sowjetische Taktik, sich nicht im Handeln festzulegen sowie das eigene Vorgehen von dem der anderen abhängig zu machen, wurde ebenfalls aus der vielzitierten Presseerklärung Litvinovs vom 17. März 1938, in der der sowjetisch-tschechoslowakische Vertrag gar nicht erwähnt worden war, sichtbar²³. Und selbst diese Erklärung war nicht einmal einer eigenen sowjetischen Initiative entsprungen, sondern war auf Bitten von tschechoslowakischer Seite zustande gekommen²⁴.

Litvinovs Aufruf dann an „alle friedliebenden Staaten und insbesondere die Großmächte“ zur Erörterung von „kollektiven Aktionen“ zur „kollektiven Rettung des Friedens“ ließ offen, welchen konkreten Beitrag die Sowjetunion zur Verteidigung der Tschechoslowakei zu leisten bereit war.

²⁰ So der tschechoslowakische Gesandte in Moskau, Zdeněk Fierlinger, in einem Telegramm vom 16. 3. 1938. *Dokumenty i Materialy po istorii sovetsko – čechoslovackich otnošenij* [Dokumente und Materialien zur Geschichte der sowjetisch-tschechoslowakischen Beziehungen]. Bd. 3. Moskau 1978, 382 (zitiert: *Dokumenty i Materialy* 3). – Vgl. dazu auch die britische bzw. französische Dokumentensammlung DBFP 3 I, 65; DDF 2 IX, 30.

²¹ Vgl. *Times* vom 18. 3. 1938; *New York Times* vom 18. 3. 1938 und Fierlinger, Zdeněk: *Ve službách ČSR* [In Diensten der ČSR]. Prag 1951, 71. – Zum Verlauf der Pressekonferenz vgl. ebenfalls DDF 2 IX, 29; ADAP II, 141 f.

²² Vgl. Niedhart, Gottfried: *Großbritannien und die Sowjetunion 1934–1939*. München 1972, 370.

²³ Den Wortlaut der Litvinovschen Presseerklärung vom 17. 3. 1938 vgl. in: *Dokumenty Vnešnej Politiki SSSR* [Dokumente zur Auswärtigen Politik der UdSSR]. Bd. XXI. Moskau 1977, 129 (zitiert: DVP XXI). Deutscher Text in: *Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges*. Bd. 1. Moskau 1983, 89.

²⁴ Vgl. *Dokumenty i Materialy* 3, 379.

Botschafter Grzybowski schickte aus Moskau eine beruhigende Interpretation der Litvinovschen Erklärung vom 17. März nach Warschau. Aus ihr gehe hervor, so der Botschafter, daß die sowjetische Regierung bereit sei, sich lediglich einer kollektiven Aktion der anderen Mächte im Rahmen oder auch außerhalb des Völkerbundes anzuschließen, selbst aber gegen die sog. Aggressoren nichts zu unternehmen beabsichtige²⁵.

In der Tat zog sich die sowjetische Regierung auch in den folgenden Monaten in der tschechoslowakischen Frage auf die formal korrekte Position zurück, die Sowjetunion werde der Tschechoslowakei zu Hilfe kommen, wenn auch Frankreich seine Vertragsverpflichtungen erfülle²⁶.

Es gab nur zwei Möglichkeiten für die Rote Armee, der Tschechoslowakei bzw. Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs effektiv zu Hilfe zu kommen, über polnisches oder über rumänisches Territorium. Was Polen betraf, so war dessen Haltung in der Frage des Durchmarschrechtes für die Rote Armee unzweideutig, und sie ließ keinerlei Diskussionen zu. Schon während der ersten Phase der Diskussion über ein Durchmarschrecht in den Jahren 1935/36 hatten polnische Politiker die französische Seite darüber aufgeklärt, daß sie dem polnisch-französischen Bündnis, wie ein Warschauer Regierungsblatt damals schrieb, weder bei seinem Abschluß noch jemals später die Kraft zuschreiben könnten, die polnischen Grenzen für einen Durchmarsch der Roten Armee zu öffnen: weder aus Liebe noch aus Haß²⁷.

Bis zum Jahre 1938 änderte sich an dieser polnischen Haltung nichts. Polnische Politiker und Diplomaten ließen im Sommer 1938 daher auch keinen Zweifel daran, daß der erste Versuch eines sowjetischen Soldaten, polnischen Boden zu betreten, Krieg zwischen beiden Ländern bedeuten würde²⁸.

Neben diesem grundsätzlichen polnischen Widerstand gegen die Gewährung eines Durchmarschrechtes für die Rote Armee existierte im speziellen Fall der Tschechoslowakei zusätzlich die polnische Überzeugung, die Grzybowski auch seinen Moskauer Kollegen anzuvertrauen nicht versäumte – er hatte das zuvor auch als Gesandter in Prag ausgiebigst getan –, daß es nämlich eine „Wahnidee“ sei, „die Tschechoslowakei retten zu wollen“, denn „früher oder später wird sie wie ein Kartenhaus zusammenfallen“²⁹.

Ein weiterer polnischer Beitrag dazu bestand, neben der Minderheitenfrage, vorerst in dem Versuch, die Tschechoslowakei u. a. in den Augen Frankreichs und Großbritanniens als „Agentur Moskaus“³⁰ zu diskreditieren, um damit deren Willen zur Ver-

²⁵ Bericht Grzybowskis vom 22. 3. 1938. AAN, Ambasada R. P. w Berlinie [Botschaft in Berlin] 746.

²⁶ Vgl. Dokumenty i Materialy 3, 381, 389, 402, 403, 415, 427, 435, 482, 485, 487, 490, 498 ff., 507, 512, 530.

²⁷ So der Kurier Poranny vom 6. 11. 1935. Nach einer Übersetzung der deutschen Botschaft Warschau. Vgl. den Bericht Moltkes vom 12. 11. 1935. PA.AA, Botschaft Warschau, Polen – Außenpolitik 1935–1937.

²⁸ Vgl. DBFP 3 II, 288; Foreign Relations of the United States, Washington 1955 (zitiert: FRUS) 1938 I, 500 f. – Bonnet, Georges: Vor der Katastrophe. Köln 1951, 42 ff. – Noël, Léon: Der deutsche Angriff auf Polen. Berlin 1948, 204.

²⁹ Vgl. Coulondre, Robert: Von Moskau nach Berlin. Bonn 1950, 219.

³⁰ Vgl. FRUS 1938 I, S. 650.

teidigung der Tschechoslowakei zu schwächen, sowie um eigene Aktionen gegen die Tschechoslowakei in den Augen der Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen. Nicht zu unterschätzen war weiterhin auf polnischer Seite die Absicht, mit der Beschuldigung, Prag betätige sich als Handlanger des Weltkommunismus, die eigentlichen Adressaten in Moskau zu treffen. Das war in dem Konzept der sog. Komintern-Note vom 22. März, in der der Regierung in Prag vorgeworfen wurde, antipolnische, kommunistische Aktivitäten von tschechoslowakischem Territorium aus zu tolerieren, und das vermutlich vom Gesandten Kazimierz Papée in Prag selbst stammte, viel deutlicher geworden³¹.

Die Sowjetunion selbst war weder auf eine mögliche Krise vorbereitet, noch hatte sie die eigene Öffentlichkeit darauf eingestellt. Bei ihrer Kritik an der Haltung der Westmächte in der tschechoslowakischen Frage hatte es die sowjetische Partei- und Regierungspresse ebenfalls vermieden darzulegen – abgesehen von den allgemeinen Formeln einer „kollektiven Rettung des Friedens“ – welche konkreten Schritte die Sowjetunion zur Rettung der Tschechoslowakei zu unternehmen bereit wäre.

Als dann das krisenhafte Wochenende um den 21./22. Mai anbrach³², zeigte sich das sowjetische Außenkommissariat eher unbeteiligt. Dessen Chef, Litvinov, befand sich nicht einmal in Moskau. Er war nach Beendigung der Völkerbundsratssitzung zu einem Privataufenthalt nach Paris gefahren und dort auch mit seinem Botschafter in London, Majskij, zusammengekommen. Beide trafen aller Wahrscheinlichkeit nach erst am 23. Mai in Moskau ein³³.

Das nachweislich erste Gespräch des tschechoslowakischen Gesandten Zdeněk Fierlinger mit Litvinov nach dessen Rückkehr aus Genf und Paris fand erst am 25. Mai statt, zu einem Zeitpunkt, als sich die Lage in den tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen bereits sichtlich entspannt hatte. Am Beginn dieses Gesprächs entschuldigte sich Litvinov dafür, daß er „wegen Krankheit“ den Gesandten nicht sofort nach seiner Rückkehr aus Genf habe sprechen können³⁴. Fierlingers erstes Gespräch mit dem in Moskau anwesenden stellvertretenden Außenkommissar Vladimir Potemkin

³¹ Den Wortlaut der Note und des dazugehörigen Aide-Memoires in: Stanisławska, Stefania: *Warszawska filia Antykominternu* [Die Warschauer Filiale der Antikomintern]. *Studia z najnowszych dziejów powszechnych* 3 (1963) 252 ff. – Zum Konzept des Aide-Memoires mit den gestrichenen Passagen vgl. AAN, MSZ 5468.

³² Zur sog. Maikrise vgl. z. B. Roos, Hans: *Polen und Europa*. 2. Aufl. Tübingen 1965, 328 ff. – Stanisławska, Stefania: *Wielka i mała polityka Józefa Becka* [Die große und die kleine Politik Józef Beck's]. Warschau 1962, 160 ff.

³³ Vgl. eine ATE-Meldung aus Moskau vom 24. 4. 1938 in: *Gazeta Polska* vom 25. 5. 1938. – DVP XXI, 273, 280.

³⁴ Fierlinger 1951, 94 f. In der später abgedruckten Gesprächsaufzeichnung Fierlingers vom 25. Mai fehlt dieser Hinweis. Vgl. *Dokumenty i Materiały* 3, 432. Fierlingers Telegramm vom gleichen Tage enthält diese Einzelheit ebenfalls nicht. Vgl. *Dokumenty po historii mjunchenskogo sgovora 1937–1939* [Dokumente zur Geschichte des Münchner Abkommens], 124. Litvinov notierte in seiner Aufzeichnung vom 25. 5., er habe Fierlinger „mit einiger Verspätung“ seine Billigung der von der tschechoslowakischen Regierung ergriffenen Maßnahmen ausgedrückt. *Dokumenty i Materiały* 3, 427.

fand während der Maikrise, nach der Quellenlage auch erst nach deren Überwindung, statt³⁵.

Botschafter Grzybowski schrieb zum Verhalten der sowjetischen Presse während der Maikrise 1938, daß die Haltung der Moskauer Presse zu den Spannungen in den tschechisch-deutschen Beziehungen identisch gewesen sei mit deren Haltung während der polnisch-litauischen Krise im März: Also Schweigen, wie Grzybowski schrieb, und Vermeidung irgendeines Engagements während des Bestehens der Spannungen sowie große Unzufriedenheit und Irritation, sobald die Lage nur entspannt und damit die Gefahr eines bewaffneten Konflikts vorüber gewesen sei³⁶.

In Warschau wurde die sowjetische Haltung während der Maikrise verständlicherweise mit kritischer Aufmerksamkeit beobachtet. Da Beck aber für den Augenblick eine militärische Ausweitung des deutsch-tschechoslowakischen Konfliktes ausschloß³⁷, hielt er an seinem ursprünglichen Plan fest und begab sich bereits am 3. Mai mit dem Zug über Berlin zu einem dreitägigen Besuch in die schwedische Hauptstadt Stockholm³⁸. Seinen Stellvertreter, Graf Szembek, beauftragte er indessen, bei der Botschaft in Moskau nähere Einzelheiten über das sowjetische Verhalten während der kritischen Maitage einzuholen³⁹. Grzybowski antwortete am 25. Mai 1938 umgehend und beruhigend. An der grundsätzlichen Haltung der UdSSR in der tschechoslowakischen Frage, so der Botschafter, habe sich seit der bekannten Deklaration Litvinovs vom 17. März nichts geändert⁴⁰.

Um doch noch Konkreteres nach Warschau berichten zu können, begab sich Grzybowski am 28. Mai zum stellvertretenden Außenkommissar Potemkin, von dem er nähere Einzelheiten zur sowjetischen Haltung während der Maikrise zu erfahren hoffte. Über die sowjetische Haltung verlor Potemkin jedoch kein Wort. Wie Grzybowski in seinem Telegramm nach Warschau ausführte, habe Potemkin konstatiert, daß die Entspannung in der tschechischen Frage nicht so sehr ein Ergebnis der englischen Intervention, als vielmehr der entschiedenen Haltung der tschechoslowakischen Regierung gewesen sei. Die Stellung Englands, so Grzybowski weiter, beurteilte Potemkin kritisch, da diese darauf hinauslaufe, Deutschland seine Ansprüche schrittweise realisieren zu lassen. Zum Ende seines Telegramms stellte Grzybowski fest, daß nach seinen Informationen und Eindrücken hervorgehe, daß eine Erweiterung eines eventuellen Konfliktes und ein direktes Engagement der UdSSR nicht wahrscheinlich sei. Es scheine, daß England und Frankreich noch viele Schwierigkeiten mit Beneš haben würden und Beneš noch manche Unannehmlichkeit von seiten dieser englischen und französischen Betreuer⁴¹.

³⁵ E b e n d a 434.

³⁶ Pressebericht Grzybowski vom 31. 5. 1938. AAN, MSZ 5428.

³⁷ Vgl. Monachium 1938, 185.

³⁸ Szembek IV, 158.

³⁹ Telegramm Szembeks vom 24. 5. 1938. PISM, A.11.49/Cz/2. In einem zweiten Telegramm bat er den polnischen Botschafter in Tokio um eine „aufmerksame Beobachtung der Reaktionen der UdSSR“. E b e n d a.

⁴⁰ Monachium 1938, 140 f.

⁴¹ Telegramm Grzybowski vom 28. 5. 1938. PISM, A.11.49/Cz/2. Eine Andeutung über dieses Gespräch machte Potemkin auch gegenüber Fierlinger. Vgl. Dokumenty i Materiały 3, 434.

Auch dem polnischen Außenminister bereiteten, wie es scheint, diese beiden verbündeten bzw. befreundeten Länder Polens, insbesondere aber Frankreich, in der damaligen Situation größere Schwierigkeiten als die sowjetische Haltung, von der in Warschau zumindest direkt nichts zu spüren war.

So verdächtigte Beck Frankreich, „die Sowjetunion nach Europa hineinstoßen“ zu wollen⁴². Daher kam für ihn in der damaligen Situation eine polnisch-französische Zusammenarbeit in Fragen Ostmitteleuropas bzw. Osteuropas überhaupt nicht in Frage. Er verdächtigte den französischen Außenminister weiter einer „naiven Betrachtungsweise“ der Probleme dieser Region⁴³, d. h. Beck und mit ihm sein Botschafter in Paris, Juliusz Łukasiewicz, waren der Auffassung, daß man auf französischer Seite auf eine naive Art und Weise der Aufrichtigkeit der sowjetischen Politik sowie den Aussagen sowjetischer Politiker Glauben schenkte. Polen dagegen hielt, wie Łukasiewicz Außenminister Georges Bonnet gegenüber versicherte, die Ziele der sowjetischen Außenpolitik eher für „spezifisch“ (*swoisty*), d. h. es mißtraute ihnen auf der ganzen Linie und wies die französische Seite daher auf die für Polen „absolute Unzulässigkeit irgendeiner Zusammenarbeit mit Rußland im Bereich Mitteleuropas und der baltischen Staaten“ hin. Ein weiterer Grund, der es Polen nach den Aussagen Łukasiewiczs unmöglich gemacht habe und weiterhin mache, mit Frankreich in mitteleuropäischen Fragen zusammenzuarbeiten, sei die Tatsache, daß Frankreich als Ausgangspunkt und Basis seiner mitteleuropäischen Politik die Tschechoslowakei betrachte, einen Staat, den Polen als „künstliches Gebilde“ (*twór sztuczny*) und als Belastung ansehe⁴⁴.

Darüberhinaus blieb Beck bei seiner Ablehnung, mit Frankreich in der tschechoslowakischen Frage zusammenzuarbeiten, seiner Linie treu, die polnische Außenpolitik an keinerlei politische Lager zu binden, zumal er zu der Überzeugung gelangt war, daß sich in Europa, so der Außenminister, zwei sich gegenüberstehende Achsen abzeichneten: Rom-Berlin und Paris-London. Und eine der Thesen der polnischen Politik sei es, sich keinem Staatenblock anzuschließen⁴⁵.

Der Außenminister wollte die Handlungsfreiheit der polnischen Außenpolitik in der tschechoslowakischen Frage bis zuletzt erhalten. Er war entschlossen, die polnischen Forderungen gegenüber der Tschechoslowakei selbständig durchzusetzen – allerdings im Windschatten der von ihm erwarteten deutschen Aktion. Ausgeschlossen war für ihn, daß Polen den ersten Schritt zur Zerschlagung der Tschechoslowakei leisten würde. Daher galt es, „die Arbeit“ der Deutschen „zu überwachen und zu beobachten“⁴⁶. Nach wie vor war der polnische Außenminister jedoch bereit, seinen polnischen Beitrag zur Zerschlagung der Tschechoslowakei zu leisten:

„Die Mittel unserer Aktion in der tschechischen Frage müssen die Minderheitenfrage und die slowakische Frage sein. Wir müssen ständig mit ihnen operieren und darüberhinaus allen klar machen, daß die Tschechoslowakei eine Fiktion ist.“⁴⁷

⁴² Szembek IV, 225.

⁴³ Monachium 1938, 175. Łukasiewicz vertrat die gleiche Meinung. Vgl. E b e n d a 161.

⁴⁴ E b e n d a 186 f.

⁴⁵ Szembek IV, 145. Vgl. auch Starzeński, 133.

⁴⁶ Vgl. Szembek IV, 208.

⁴⁷ E b e n d a.

Diese von Pilsudski übernommene und damit für Beck zu einem historischen Gesetz avancierte These ließ die Tschechoslowakei in seinen Augen als „Mißgeburt“⁴⁸, als „Absurdum“⁴⁹ erscheinen, dessen Schicksal ihn, wie er sich dem französischen Botschafter gegenüber brüstete, „kalt ließ“⁵⁰.

Seine gleichsam dogmatische Überzeugung von der Notwendigkeit eines Zerfalls des tschechoslowakischen Staates ließ Beck trotz eindringlicher Warnungen aus dem In- und Ausland die Gefahren verkennen, die daraus von deutscher Seite für Polen erwachsen könnten⁵¹. Es ließ vielmehr diejenigen, die in erster Linie die Zerschlagung der Tschechoslowakei betrieben, als Vollstrecker des Willens der Geschichte und damit als Vorkämpfer für den Frieden erscheinen⁵², während diejenigen, die zumindest verbal ihre Bereitschaft erklärten, dabei mitzuhelfen, sich dem Desintegrationsprozeß der Tschechoslowakei entgegenzustellen, als Unruhestifter und Kriegstreiber angeprangert wurden. So verstieg sich Botschafter Łukasiewicz in Paris noch im September 1938 zu der Behauptung, daß nicht Hitler der Verrückte sei, sondern daß Stalin und Beneš zum Krieg trieben⁵³.

Auch Grzybowski verwies in dem angeforderten Bericht vom 25. Mai auf die sowjetische Haltung in der spanischen Frage, um daraus zu folgern, daß das eigentliche Streben der Sowjets dahin gehe, die Situation in Mitteleuropa zu verschärfen, um aus einem eventuellen militärischen Konflikt, dem gegenüber sie sich vorerst abwartend verhalten könnten, politisches Kapital zu schlagen⁵⁴.

⁴⁸ So Beck zum deutschen Botschafter von Moltke Ende Juni 1938. Vgl. dessen Bericht vom 1. 7. 1938. PA.AA, Botschaft Warschau, Beziehungen Polen-Tschechoslowakei 1938.

⁴⁹ Vgl. Szembek IV, 225 und 244.

⁵⁰ E b e n d a 212.

⁵¹ Die Haltung der Opposition in Polen zur tschechoslowakischen Frage beschreibt ausführlich S t a n i s ł a w s k a 1962, 102 ff. Von den ausländischen Stimmen sei hier lediglich die des französischen Botschafters Coulondre zitiert, der Grzybowski sehr eindringlich die Frage stellte, was Polen aufgrund seiner damaligen Haltung gegenüber der Tschechoslowakei eigentlich von seinen Verbündeten erwarte, wenn einmal „seine Stunde schlagen werde“, denn alle Welt wisse doch von den deutschen Ansprüchen auf Danzig und Schlesien, deren Rückgliederung fester Bestandteil des nationalsozialistischen Programms sei und das den Kindern in den Schulen wie ein geheiligtes Ziel gepredigt werde. DDF 2 IX, 968.

⁵² Anfang September vertraute Beck seinen Mitarbeitern Äußerungen Goebbels gegenüber Lipski an, denen gemäß Deutschland nach der Erledigung des tschechischen Problems keine territoriale Forderungen in Europa mehr stellen werde. Der Kanzler werde dann mit Zusicherungen hervortreten, die den Frieden in Europa festigen und die Interessen Polens berücksichtigen würden. Szembek IV, 260. Auch Göring bekräftigte dies gegenüber Lipski. E b e n d a 254 f. Beck scheint von diesen Zusicherungen überzeugt gewesen zu sein. Er hatte diese Meinung schon im Juni 1938 vertreten. Vgl. E b e n d a 193.

⁵³ Monachium 1938, 414. – In einem Bericht vom 28. 9. 1938 aus Berlin mit dem Titel „Gibt es Krieg? – Wir zweifeln daran“ schrieb auch Kazimierz Smogorzewski, Korrespondent der Gazeta Polska, daß dagegen Moskau, Prag und die Juden den allgemeinen europäischen Krieg wünschten. Für die Juden aller Sprachen, Pässe und Überzeugungen sei die Sache klar: Sie wollten dem wachsenden Nationalismus in Europa ein Ende bereiten. Sie möchten zu den Systemen und dem Klima zurückkehren, „in dem die Juden weiterhin ein angenehmes Leben als Schmarotzer in den Organismen anderer Völker führen könnten“. Gazeta Polska vom 29. 9. 1938.

⁵⁴ Monachium 1938, 141.

Beck empfahl seinem Botschafter Łukasiewicz in Paris, dieser möge den französischen Außenminister auf die Rolle der Sowjets aufmerksam machen, die die Lage in Europa „komplizierten“. In ganz Osteuropa, so Beck, also auch in Polen, erweckte das Verhalten der Sowjets Mißtrauen. Aus polnischen Beobachtungen gehe hervor, daß Moskau eher einen Konflikt provozieren als seine friedliche Beilegung wolle⁵⁵.

Polen und die Sowjetunion im Sommer 1938

Einer Analyse des polnischen Außenministeriums vom Juli 1938 zufolge hätten die sowjetischen Pläne für den Fall eines Krieges in Westeuropa hinsichtlich der Haltung Polens in einem solchen Krieg vier Möglichkeiten vorsehen können:

- Neutralität, die auch eine entsprechende Haltung der baltischen Staaten und Rumäniens zur Folge gehabt hätte;
- Beteiligung am Krieg gegen Deutschland unter der Bedingung einer sowjetischen Neutralität;
- Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gegen den „antikommunistischen Block“;
- Krieg gegen die Sowjetunion⁵⁶.

Die ersten drei Möglichkeiten kämen der UdSSR, so hieß es in der Analyse, mehr oder weniger gelegen, da sie eine Separierung des sowjetischen Territoriums vom „Kriegstheater“ garantierten, insbesondere von Deutschland. Sie würden es ihr erlauben, sich verstärkt auf die Entwicklung im Fernen Osten zu konzentrieren.

Vor diesem Hintergrund, so resümierten die Verfasser der Analyse, sei in letzter Zeit „eine ausdrückliche Tendenz Moskaus zur Vermeidung von Spannungen in den unmittelbaren polnisch-sowjetischen Beziehungen“ zu spüren gewesen. Das bedeute allerdings noch keine tiefere Entspannung „auf der Linie Warschau-Moskau“. Die Sowjetunion könne es sich weder innenpolitisch noch außenpolitisch erlauben, gänzlich mit der antipolnischen Kampagne aufzuhören. Jedoch nehme in Zeiten wie damals (Juli 1938, Anm. d. Vf.) die antipolnische Kampagne nach außen hin mehr maskierte Formen an, d. h. es verringere sich die Zahl der offenen Ausfälle gegen Polen in der Presse und in den öffentlichen Erklärungen. Die Attacken auf internationaler Ebene sowie die Klagen, Polen ordne seine Politik Berlin unter, verfolgten den Zweck, Polen auf den Weg einer politischen Zusammenarbeit mit den Sowjets zu bringen, „was für sie das Optimum wäre“. In allen bilateralen Fragen sowie in den direkten Gesprächen bemühten sich die Sowjets um möglichst korrekte Formen. Auch seien in letzter Zeit sämtliche Grenzzwischenfälle trotz z. T. scharfer Presseäußerungen in den direkten Gesprächen eher versöhnlich beigelegt worden⁵⁷.

Das Bild, das die Verfasser der Analyse zum Verhalten der Sowjetunion in der tschechoslowakischen Krise über die polnisch-sowjetischen Beziehungen jener Zeit entwarfen, kann aufgrund der zugänglichen Quellen auch aus heutiger Sicht bestätigt werden. Bei der Durchsicht dieser Quellen drängt sich der Eindruck auf, daß zu einem

⁵⁵ Ebenda 273. – Szembek IV, 267.

⁵⁶ Polska a Zagranica 10 (1938) 318.

⁵⁷ Ebenda.

Zeitpunkt der offen-antitschechischen Politik Polens, die darauf hinaus lief, den einzigen sowjetischen Verbündeten in Mitteleuropa zu beseitigen, Polen und die Sowjetunion eher beziehungslos aneinander vorbeilebten. Direkte polnisch-sowjetische Kontakte auf politischer Ebene hat es in der Zeit zwischen April und September 1938 so gut wie nicht gegeben⁵⁸.

Kontakte der sowjetischen Botschaft in Warschau – seit November 1937 und, nicht unwichtig zu erwähnen, bis Juni 1939 ohne Botschafter – zum polnischen Außenministerium sowie Kontakte der polnischen Botschaft in Moskau zum Außenkommissariat scheinen sich darauf beschränkt zu haben, gegen die schikanöse Behandlung des jeweiligen Botschaftspersonals zu protestieren⁵⁹. Auch Botschafter Grzybowski war in den Monaten Juli–September kaum in Moskau. Nach einer anstrengenden und ereignisreichen Urlaubsfahrt auf die Krim hatte Grzybowski einen Erholungsurlaub in Frankreich angetreten, von dem er erst Ende September nach Moskau zurückkehrte⁶⁰.

Die Aussichten, daß sowohl die Sowjetunion als auch Polen von einer Einflußnahme auf die weitere Entwicklung in der tschechoslowakischen Krise ausgeschlossen würden, ergab vorerst eher eine, wenn auch nur äußere, Interessensgleichheit zwischen beiden Ländern. Die Mission Lord Runcimans in Prag wurde von beiden Seiten als Schwächung der eigenen Position angesehen. Beide Seiten mußten zurecht befürchten, daß eine Lösung der tschechoslowakischen Frage ohne ihre Beteiligung vorbereitet werde. Die Mission des britischen Unterhändlers bestätigte Beck die Nachgiebigkeit und die Ohnmacht des Westens gegenüber den Forderungen Hitlers und bestärkte ihn in seiner Politik, sich keinem politischen Lager anzuschließen, sondern die gesteckten Ziele aus eigener Kraft zu erreichen⁶¹.

In Moskau sah die Presse in der britischen „Vermittlung“ in der Sudetenfrage den „Ausgangspunkt für eine völlige Veränderung der Karte Europas“⁶². Wenn die Mission Runcimans das Ziel habe, so faßte die *Pravda* ihre Beurteilung zusammen, eine Kapitulation der Tschechoslowakei vor Deutschland zu erreichen, so werde die Erfüllung dieser Mission zugleich eine Kapitulation auch Englands und Frankreichs bedeuten, eine Kapitulation voll ernster Folgen für diese beiden Staaten wie für den europäischen Frieden⁶³.

⁵⁸ Nachweisbar sind in dieser Zeit lediglich zwei Gespräche Grzybowskis mit Potemkin, und zwar das bereits erwähnte vom 28. 5. 1938 (vgl. Anm. 41) sowie ein weiteres am 16. 8. 1938. Vgl. Dokumenty i Materiały do historii stosunków polsko – radzieckich [Dokumente und Materialien zur Geschichte der polnisch-sowjetischen Beziehungen]. Bd. VI. Warschau 1967, 408 (zitiert: Dokumenty i Materiały VI). Vgl. ebenfalls *Izvestija* vom 17. 8. 1938.

⁵⁹ Vgl. Dokumenty i Materiały VI, 505 ff.

⁶⁰ Seine Erlebnisse während der Urlaubsfahrt auf die Krim veröffentlichte Grzybowski während des Krieges unter einem Pseudonym in Frankreich. Vgl. G r o w s k i, Józef: *ZSSR. Notatki ze wspomnień* [Notizen aus den Erinnerungen]. Paris 1940. Grzybowskis Aufzeichnungen sind sehr aufschlußreich und vermitteln einen Eindruck von der Haltung des Botschafters gegenüber der Sowjetunion und dem russischen Menschen.

⁶¹ Vgl. Starzeński 1972, 136.

⁶² *Izvestija* vom 27. 7. 1938.

⁶³ *Pravda* vom 5. 8. 1938. Vgl. auch den Pressebericht der deutschen Botschaft Moskau vom 8. 8. 1938. PA.AA, Botschaft Moskau, Akten betr. Tschechoslowakei, Bd. 1.

Polen und die Sowjetunion während der Septemberkrise

Hatte die Nachricht von der Entsendung Runcimans nach Prag den polnischen Außenminister noch alarmiert, so wirkte die Ankündigung der Reise Chamberlains nach Berchtesgaden vom 15. September auf ihn schockierend⁶⁴. Noch am 15. September beschloß Beck nach Rücksprachen mit dem Präsidenten und Marschall Smigły-Rydz eine Verschärfung der polnischen Gangart⁶⁵.

Wie im März während der Litauenkrise, so gehörten auch jetzt militärische Demonstrationen zur polnischen Gesamtstrategie. Polen würde, so ließ Beck seinen Botschafter in Berlin ausrichten, am 21. September im südlichen Teil Schlesiens über eine recht beträchtliche Truppenstärke verfügen. Lipski möge formal erklären, daß diese Truppenansammlung nicht gegen Deutschland gerichtet sei⁶⁶. Die eine Stoßrichtung dieser militärischen Demonstration lag auf der Hand. Eine weitere galt unzweifelhaft der Sowjetunion. Zum Abschluß der Manöver in Wolhynien im Grenzgebiet zur Sowjetunion, an denen auch Marschall Smigły-Rydz teilgenommen hatte, fand am 19. September in Łuck, der Hauptstadt der Wojewodschaft, ca. 100 km von der sowjetischen Grenze entfernt, vor den Augen des Marschalls und des Verteidigungsministers Kasprzycki „die größte Militärparade in der Geschichte des unabhängigen Polen“ statt. Alle Waffengattungen, einschließlich der Luftwaffe mit ca. 100 Flugzeugen, „in voller Kampfausrüstung“ von der Kavallerie bis zu motorisierten Panzerfahrzeugen sowie bewaffneten zivilen Verbänden nahmen an der Parade teil. Die Stadt habe, so der Berichtsteller, einem riesigen „Kriegslager“ geglichen. Nach der Parade wurde dem Marschall u. a. in Anwesenheit der Veteranen des polnisch-russischen Krieges aus dem Jahre 1920 die Ehrenbürgerwürde der 103 Gemeinden und 22 Städte Wolhyniens verliehen, wo, wie der Festredner hervorhob, über ganze Jahrhunderte hindurch zwei einander feindliche Kräfte miteinander gerungen hätten: Der Heroismus und der Heldenmut der höheren Werte des Geistes mit der wilden Grausamkeit tatarischer, türkischer und moskowitischer Überfälle⁶⁷.

In Moskau hatte man bis in den September hinein in der tschechoslowakischen Frage keinerlei besondere Aktivitäten entwickelt. Außenkommissar Litvinov begab sich am Wendepunkt zur zweiten großen Krise des Jahres 1938 bereits in den ersten Septembertagen zur 102. Sitzung des Völkerbundsrates nach Genf, wo er sich die meiste Zeit als einziger Außenminister unter zweit- und dritrangigen Diplomaten bis zum Ende des Monats aufhielt, ohne jemals Vorkehrungen zu einer vorzeitigen Rückkehr zu treffen. Er befand sich damit, wie im Mai, zu einem Zeitpunkt, an dem wichtige politische Entscheidungen hätten getroffen werden müssen, nicht in der politischen Schaltzentrale in Moskau. Ein Faktum, das die sowjetische Haltung auch während der heißen Phase der Krise mehr als nur symbolisiert; denn im Grunde genommen hatte sich die sowjetische Haltung seit Litvinovs Presseerklärung vom 17. März 1938 in der tschechoslowakischen Frage nicht geändert, und es scheint die feste Absicht der sowjetischen Regierung gewesen zu sein, diese Haltung in keinem Falle zu

⁶⁴ Vgl. Starzeński 1972, 150 f.

⁶⁵ Ebenda 153. – Vgl. auch ADAP II, 677 f.

⁶⁶ Monachium 1938, 326, 350. – ADAP II, 779 f.

⁶⁷ Gazeta Polska vom 21. 9. 1938.

ändern. Der Aufenthalt Litvinovs in Genf stellte daher auch eine Art politischer Demonstration dar, wollte der Außenkommissar doch darauf verweisen, wo sich seiner Meinung nach der richtige Ort für eine Regelung der Probleme um die Tschechoslowakei befinde. In seinen Reden in Genf bekräftigte der Außenkommissar zum wiederholten Male, daß

- dem sowjetischen Beistand, wie vertraglich vereinbart, die französische Hilfe vorzugehen müsse;
- die Durchmarschfrage für die Rote Armee auf eine legale Grundlage gestellt werden müsse⁶⁸.

Mit anderen Worten: Polen bzw. Rumänien sollten ihr Einverständnis für dieses Durchmarschrecht geben. Die Sowjetunion unternahm aber nichts, um von sich aus bei diesen Regierungen ein Durchmarschrecht für die Rote Armee zu erwirken.

Die im Verlaufe des Sommers in Warschau festgestellte Zurückhaltung der sowjetischen Politik gegenüber Polen wurde auf dem Höhepunkt der Krise im September 1938 zwar vorerst aufgegeben, aber nur halbherzig und vor allem auf Drängen der Tschechoslowakei. Schon Ende März hatte Fierlinger in Moskau Potemkin darum gebeten, er möge angesichts der polnischen Forderungen hinsichtlich der polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei auf die sowjetische Presse einwirken, diese möge Polen doch daran erinnern, daß es selbst eine ukrainische Minderheit von 7 Millionen besitze und daß die Frage nach den Rechten dieser Minderheit die polnische Regierung in ernste und sogar gefährliche Schwierigkeiten bringen würde. „Ich versprach Fierlinger“, so schloß Potemkin seine Notiz über das Gespräch mit dem tschechoslowakischen Gesandten, „der Presse die an sie gestellten Wünsche weiterzugeben“⁶⁹. Erst am 21. September löste die *Pravda* Fierlingers Wünsche mit einem, wie selten zuvor, vorrangig platzierten Artikel auf der Titelseite „Spiel mit dem Feuer“ ein, der in erster Linie allerdings als Warnung an die Westmächte gedacht war⁷⁰.

Einen Tag nach Überreichung der polnischen Note in Prag vom 21. September, in der eine analoge Behandlung der Gebiete der polnischen Minderheit mit der der Sudetendeutschen Gebiete gefordert worden war, schickte der sowjetische Gesandte Aleksandrovskij am 22. September folgendes Telegramm nach Moskau:

„Krofta verlangt, daß ich wörtlich folgendes mitteile: Polen konzentriert der ganzen Grenze mit der Tschechoslowakei entlang Militär, das marschbereit ist. Es wäre deshalb gut, wenn Moskau Warschau darauf aufmerksam machte, daß der sowjetisch-polnische Nichtangriffspakt seine Gültigkeit verliert, sobald Polen die Tschechoslowakei angreift.“⁷¹

Bereits wenige Stunden später, in den frühen Morgenstunden des 23. September, rief der stellvertretende Außenkommissar Potemkin – Litvinov hielt sich weiterhin in Genf auf, Grzybowski mußte am 22. September seinen Urlaub in Frankreich auf Anordnung Becks abbrechen und befand sich vermutlich noch auf dem Weg zurück nach

⁶⁸ Vgl. Dokumenty i Materialy 3, 512 ff.

⁶⁹ Dokumenty po istorii mjunchenskogo sgovora 1937–1939 [Dokumente zur Geschichte des Münchner Abkommens], 77.

⁷⁰ *Pravda* vom 21. 9. 1938.

⁷¹ Dokumenty i Materialy 3, 524. Deutsch nach: Neue Dokumente zur Geschichte des Münchner Abkommens. Prag 1959, 123.

Warschau⁷² – den polnischen Geschäftsträger Jankowski zu sich, um ihm die berühmte Erklärung mit der angedrohten Kündigung des polnisch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages aus dem Jahr 1932 für den Fall einer polnischen Aggression gegen die Tschechoslowakei zu übergeben⁷³.

Von der sowjetischen Presse wurde der polnisch-sowjetische Schlagabtausch erst am 26. September publiziert – entgegen den sonstigen Gewohnheiten, da „die Sowjets“, wie Graf von der Schulenburg berichtete, „im allgemeinen Communiqués über derartige diplomatische Verhandlungen sofort veröffentlichen“⁷⁴. Die *Izvestija* versah ihre Veröffentlichung mit einem interessanten Kommentar. In ihm wurde Polen mit Japan verglichen, das sich nicht anders verteidige, als daß es mit seinen Armeen in fremdes Gebiet eindringe. Zum Schluß des Kommentars hieß es: „Die weiteren Ereignisse werden zeigen, ob Polen die allgemein übliche oder die spezifisch japanische Deutung des Begriffs Verteidigung vorzieht.“⁷⁵

Zweierlei erscheint an diesem Kommentar des sowjetischen Regierungsorgans bemerkenswert:

- das Zurückgreifen auf Japan, das, wie es hieß, mit seinen Armeen in fremdes Gebiet eindringe. Im Zusammenhang mit der Tschechoslowakei und Österreich wäre ein Hinweis auf die Politik des Dritten Reiches wohl angebrachter und passender gewesen.
- der Polen gegenüber letztlich versöhnliche Ausklang des Kommentars.

Es konnte an diesem 26. September 1938, an dem die europäische Diplomatie um Frieden oder Krieg rang, doch nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß der polnische Truppenaufmarsch an der tschechoslowakischen Grenze nicht der Verteidigung des polnischen Staates galt. Diese offensichtliche Gefahr in Zweifel zu ziehen, bzw. sie zu ignorieren, lag allerdings in sowjetischem Interesse. Die Sowjetunion wurde dadurch von der Notwendigkeit entbunden, wirklich Farbe bekennen und konkrete Positionen beziehen zu müssen.

Die Bemühungen von sowjetischer Seite, die polnisch-sowjetischen Beziehungen nicht unnötig zu dramatisieren – übrigens hatte auch Grzybowski auf dem Weg aus dem Urlaub nach Moskau während seiner Station in Warschau von Beck die allgemeine Devise „odprężenie“ (Entspannung) mit auf den Weg bekommen⁷⁶ – wurden auch im ersten Gespräch Grzybowski mit Potemkin noch vor der Münchner Konferenz deutlich. Potemkin hatte den Botschafter zu sich gebeten, wie letzterer nach dem Kriege überlieferte, um ihn mit der Weitergabe eines sowjetischen Protestes gegen angebliche Verletzungen des sowjetischen Luftraumes durch polnische Maschinen zu beauftragen. Grzybowski weigerte sich, wie er schrieb, den Protest seiner Regierung

⁷² Am 22. 9. 1938, so schrieb Grzybowski später, habe er auf telefonische Anordnung Becks seinen Urlaub am „zauberhaften Golf in St. Cloud“ abbrechen müssen. Vgl. Grzybowski, Waław: *Wrzesień pokoju 1938 r.* [September des Friedens im Jahre 1938]. Syrena – Orzeł Biały vom 3. 9. 1959.

⁷³ Deutscher Text in: *Weißbuch der Polnischen Regierung*. Basel 1940, 221.

⁷⁴ ADAP II, 759.

⁷⁵ *Izvestija* vom 26. 9. 1938.

⁷⁶ Grzybowski, Waław: *Wrzesień pokoju 1938 r.* Vgl. Anm. 72.

in Warschau weiterzugeben, da er den Eindruck hatte, daß dieser Protest nur halbherzig vorgebracht worden sei und auch die sowjetischen Beweise auf einer sehr unsicheren Grundlage ständen. Potemkin habe daraufhin ausgerufen: „Um Gottes Willen, ich bitte Sie doch nicht, den Protest anzunehmen, sondern ihn lediglich weiterzugeben.“ Grzybowski lehnte das noch einmal mit dem Argument ab, daß ein Botschafter kein Briefkasten sei. Damit sei die Angelegenheit, so Grzybowski, auch vom Tisch gewesen⁷⁷.

Weder Jankowski noch Grzybowski gegenüber war Potemkin näher auf die gerade erst abgeschlossenen polnischen Manöver in den der Sowjetunion benachbarten Grenzregionen eingegangen. Der schwache Hinweis auf Grenzverletzungen polnischer Flugzeuge konnte nicht ernstgenommen werden. Sowjetische militärische Demonstrationen nach dem 23. September im Grenzgebiet zu Polen um Minsk und Kiev müssen sich gefallen lassen, danach beurteilt zu werden, welchen Eindruck sie bei dem hinterließen, dem sie galten. Der polnische Außenminister jedenfalls maß ihnen wegen ihres militärisch wenig ernsthaften Charakters, so Beck, keine größere Bedeutung bei⁷⁸. Er hielt den Charakter der Demonstrationen für deutlich politisch, die Formen, so Beck an Lipski in Berlin, manchmal geradezu für humoristisch. Militärisch habe das keine größere Bedeutung gehabt. Offensichtlich sei jedoch der Wunsch gewesen, Polen auf die Demonstrationen aufmerksam zu machen. Polen lasse sie aber unbeachtet⁷⁹.

*Die Münchner Konferenz, das polnische Ultimatum an die Tschechoslowakei
und die Sowjetunion*

Die Ankündigung der Münchner Konferenz hatte unmittelbare Auswirkungen auf das polnisch-sowjetische Verhältnis. Grzybowski berichtete noch am 30. September nach Warschau, daß seit zwei Tagen die Angriffe in der Presse auf Polen aufgehört hätten und er sich am darauffolgenden Tag wahrscheinlich zu Potemkin begeben werde⁸⁰. Jedoch telegraphierte Grzybowski an diesem 1. Oktober dann nach Warschau, daß er doch nicht zu Potemkin gehen werde und daß seinen Informationen nach sowjetisches Militär immer noch im Grenzgebiet zu Polen stehe⁸¹. Das polnische Ultimatum an die Tschechoslowakei, in dem nunmehr die Zession des Teschener Schlesiens gefordert worden war, schien die polnisch-sowjetischen Beziehungen auf eine erneute Probe zu stellen.

Der sowjetische Gesandte Aleksandrovskij wurde in Prag von Außenminister Kamil Krofta noch in der Nacht zum 1. Oktober über das polnische Ultimatum detailliert informiert⁸². Für die sowjetische Diplomatie wäre dies der geeignete Moment gewesen,

⁷⁷ Ebenda.

⁷⁸ Vgl. dazu Monachium 1938, 412.

⁷⁹ Ebenda 462.

⁸⁰ Ebenda 492.

⁸¹ Ebenda 513.

⁸² Vgl. Dokumenty i Materialy 3, 560. Aleksandrovskijs Telegramm trägt das Datum des 1. Oktober, aus dem Inhalt geht jedoch eindeutig hervor, daß der Gesandte es noch in der Nacht abgefaßt hat. Die Ablaufzeit des Ultimatums gibt er an mit: „... morgen, 1. Oktober, 12 Uhr“.

die Warnung vom 23. September, sofern sie ernst gemeint gewesen war, in die Tat umzusetzen. In Moskau jedoch brachte der tschechoslowakische Gesandte Fierlinger, den die Nachricht vom polnischen Ultimatum am 1. Oktober um 10 Uhr morgens erreicht hatte, und der sich daraufhin unverzüglich ins Außenkommissariat begab, den stellvertretenden Außenkommissar mit der Frage, was die Sowjetunion nun zu tun gedenke, in Verlegenheit, wie der Gesandte in seinen Memoiren schrieb. Dann habe Potemkin gemeint, so Fierlinger weiter, daß die Sowjetunion erst einmal abwarten werde, was die anderen Mächte, die für die Durchführung des Münchner Abkommens verantwortlich seien, tun würden. Später habe er aus dem Außenkommissariat die Nachricht bekommen, daß sich am Abend dieses 1. Oktober eine Konferenz im Kreml eingehend mit dieser Frage auseinandersetzen würde⁸³.

Die sowjetische Presse brachte an diesem 1. Oktober kommentarlos die Meldung des Polnischen Radios über ultimative polnische Forderungen an die Tschechoslowakei⁸⁴. Wie Grzybowski aus Moskau meldete, werde in der Presse betont, daß Polen mit dem Ausgang der Münchner Konferenz unzufrieden sei, da es seine Forderungen dort nicht habe vorbringen können. In einer Presseschau aus Polen mache man sich über das polnische Säbelrasseln lustig (!), und man versuche, Polen mit der Gefahr einzuschüchtern, die ihm von seiten Deutschlands drohe⁸⁵.

Tags darauf, dem 2. Oktober, überquerten polnische Soldaten in Teschen die Olsa und nahmen den tschechoslowakischen Teil dieser Stadt in Besitz. In Moskau notierten die Zeitungen an diesem Tage kommentarlos die Annahme des polnischen Ultimatums an die Tschechoslowakei⁸⁶. Fierlinger telegraphierte aus Moskau, daß man sich dort angesichts der Annahme des polnischen Ultimatums vorläufig nicht anschieke, gegenüber Polen zu reagieren⁸⁷.

Polen und die Sowjetunion nach München

Polen und der Sowjetunion war nach dem Münchner Abkommen der Umstand gemeinsam, vom Einfluß auf die Beschlüsse der Konferenz ausgeschlossen worden zu sein. Beide Seiten hatten damit eine empfindliche Niederlage hinnehmen müssen, als deren Konsequenz ein Überdenken der von ihnen bisher vertretenen Positionen unausweichlich schien. Auch in der karpato-ukrainischen Frage, der sich die polnische Außenpolitik nach München mit besonderer Aufmerksamkeit und Aktivität widmete, ergaben sich zunächst Gemeinsamkeiten.

Die Sowjetunion blieb in der Frage der Karpato-Ukraine ihrer bisherigen Taktik in der tschechoslowakischen Frage treu, sie selbst betreffende und unangenehm berührende Probleme am liebsten zu verschweigen, nach außen hin zu ignorieren, bzw. davon abzulenken. Daher spiegelte sich das damals allgemeineuropäische Interesse an der karpato-ukrainischen Frage auch nicht in der sowjetischen Presse und auch nicht in

⁸³ Fierlinger 1951, 166.

⁸⁴ Vgl. Pravda vom 1. 10. 1938.

⁸⁵ Monachium 1938, 513. Die Übersicht über die polnische Presse trug den Titel: „Das Polen der Pany rasselt mit dem Säbel“. Pravda vom 1. 10. 1938.

⁸⁶ Vgl. Pravda vom 2. 10. 1938.

⁸⁷ Dokumenty i Materialy 3, 565. Tschechischer Text bei Fierlinger 1951, 166.

öffentlichen Stellungnahmen sowjetischer Politiker wider. Man war auf sowjetischer Seite nicht gewillt, sich an der Wiederaufnahme der Diskussion über die „ukrainische Frage“, die bereits 20 Jahre zuvor eine Trumpfkarte in deutschen Händen gewesen war und die das damals junge Sowjetregime vor eine schwere Belastungsprobe gestellt hatte⁸⁸, zu beteiligen. In diesen zwanzig Jahren hatte sie alles unternommen, um unter den eigenen Ukrainern keinerlei nationalistische Regungen aufkommen zu lassen. Schon allein deswegen konnte auch das kleinste ukrainische Piemont nicht in sowjetischem Interesse liegen.

Die sowjetische Presse beschränkte sich bei ihren seltenen Meldungen über die Karpato-Ukraine in der Regel auf die Wiedergabe von kurzen Fakten. Lediglich deren Diktion verriet auch die Einstellung der Autoren. Die Etablierung einer autonomen Karpato-Ukraine innerhalb des tschechoslowakischen Staates meldete die *Izvestija* mit einer kurzen Verzögerung. In der TASS-Meldung war dabei vom „reaktionären Block der separatistischen Parteien der Karpato-Ukraine“ die Rede⁸⁹. Die ukrainischen Demonstranten in Lemberg vom 11. Oktober apostrophierte nach der Proklamation der autonomen Karpato-Ukraine das Blatt als „Nationalisten“, was einem bösen Schimpfwort gleichkam. Weiter zitierten die *Izvestija* Passagen aus polnischen Zeitungen, die schrieben, daß in der Forderung nach Errichtung einer „unabhängigen karpato-ukrainischen Republik“ die Position der ukrainischen Nationalisten völlig mit der Position des deutschen Faschismus übereinstimme⁹⁰.

Das sowjetische Regierungsblatt hatte mit den Meldungen nicht nur seine negative Einstellung zur Karpato-Ukraine angedeutet, sondern auch seine Geringschätzung der national-ukrainischen Bewegung in Polen zum Ausdruck gebracht, indem es sie auf eine Stufe mit dem deutschen Faschismus stellte. Die Übereinstimmung mit den polnischen Positionen war damit deutlich genug zum Ausdruck gekommen.

Aber auch von diplomatischer Seite fehlte es nicht an Hinweisen an die polnische Adresse, daß die Sowjetunion in der karpato-ukrainischen Frage den polnischen Standpunkt teile. Neben dem sowjetischen Botschafter in Rom, Boris Štejn, der sich in diesem Sinne geäußert haben muß⁹¹, waren es vor allem die sowjetischen Diplomaten in Berlin, die diese Haltung der Sowjetunion polnischen Diplomaten gegenüber direkt aussprachen. Während sich Botschaftsrat Astachow dem polnischen Botschaftssekretär Malhomme gegenüber dahingehend geäußert hat, „daß im Augenblick (!) [obecnie] im Interesse Sowjetrußlands eine Erledigung der karpato-ukrainischen Frage der polnischen Linie gemäß liege“⁹², kam der neue Botschafter in Berlin, Merekalov, bei dessen Antrittsbesuch bei Lipski am 19. Oktober, vermutlich nicht ohne Weisungen aus Moskau, deutlicher auf diese Frage zu sprechen.

Nach einer allgemeinen *tour d'horizon* habe Merekalov, so Lipski, um „bestimmte Erläuterungen“ gebeten, und zwar: In welchem Maße Polen an der karpato-ukraini-

⁸⁸ Vgl. dazu Rauch, Georg von: Geschichte der Sowjetunion. 5. Aufl. Stuttgart 1969, 86 ff.

⁸⁹ *Izvestija* vom 14. 10. 1938.

⁹⁰ *Izvestija* vom 15. 10. 1938.

⁹¹ Vgl. den Brief Grzybowski an Kobylański vom 18. 10. 1938. PISM, A.11.49/Cz/2.

⁹² Vgl. Lipskis Aufzeichnung vom 20. 10. 1938. AAN, Ambasada RP w Berlinie [Botschaft in Berlin] 19.

schen Frage sowie an der gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze interessiert sei? Ob es die Inkorporation eines Teils des Territoriums anstrebe oder ob es lediglich (!) für dessen Zuerkennung als Ganzes an Ungarn sei?

Nachdem Lipski den polnischen Standpunkt dargelegt und ebenfalls darauf hingewiesen hatte, daß eine gemeinsame polnisch-ungarische Grenze „als stabilisierendes Element auch im Interesse Sowjetrußlands liege“, habe der sowjetische Botschafter geantwortet, daß die Sowjetunion, soweit sie zuvor an der tschechoslowakischen Frage interessiert gewesen sei, dieser Frage nunmehr, nachdem dieser Staat in München durch die vier Mächte beschnitten (okroić) worden sei, nicht mehr im Bereich ihres Interesses liege. Es scheine, daß die Tschechoslowakei auf dem Wege zur Beherrschung durch Deutschland sei. Ein Belassen der Karpato-Ukraine bei der Tschechoslowakei könnte eine Quelle der Unruhe, in erster Linie eher für Polen, werden, und daher vermute er, Merekalov, daß Polen diese Frage zu lösen bemüht sein werde, obwohl sie zu den schwierigeren ihrer Art gehöre. Lipski bestätigte daraufhin, daß diese Frage nicht leicht sei und daß Polen gemäß dem Grundsatz, eine Stabilisierung in dieser Region zu erreichen, handeln werde⁹³.

In einem getrennten Bericht schrieb Lipski, daß er mit dem neuen sowjetischen Botschafter ein „ziemlich charakteristisches Gespräch“ gehabt habe, in dem dieser ein „eminentes Interesse“ an der karpato-ukrainischen Frage gezeigt habe. Aus dessen Ausführungen habe man schließen können, daß er einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze eher positiv gegenüberstehe. „Natürlich“, fuhr Lipski fort, „beunruhigt Moskau mit Sicherheit die Möglichkeit eines Festsetzens der Deutschen auf diesem Brückenkopf (przyczółek)“⁹⁴.

Lipskis Interpretation seines Gespräches mit Merekalov war sicherlich zutreffend. Bevor die Karpato-Ukraine zu einem Betätigungsfeld auch antisowjetischer Agitatoren im Solde des Dritten Reiches würde – von dem national-ukrainischen Aspekt und dessen möglichen Auswirkungen auf die Sowjetukraine abgesehen – mußte zumindest ihr vorübergehender Anschluß an Ungarn und damit eine polnisch-ungarische Grenze auch in sowjetischem Interesse liegen. Gemeinsame polnisch-sowjetische Interessen in der karpato-ukrainischen Frage wurden im Dezember 1938 schließlich auch noch nach außenhin sichtbar. So legte der Gesandte Papée der tschechoslowakischen Regierung am 16. Dezember ein Aide-Mémoire vor, in dem Polen u. a. gegen die Tätigkeit von in Polen gesuchten ukrainischen Nationalisten in offiziellen Positionen des karpato-ukrainischen Verwaltungsapparates protestierte⁹⁵, während der Gesandte Aleksandrovskij am 10. und 14. Dezember in Prag eine Protestnote gegen die „antisowjetische Aktivität ukrainischer bourgeois Nationalisten auf dem Territorium der Tschechoslowakei“ protestierte⁹⁶.

Neben der gemeinsamen Furcht vor einem ukrainischen Irredentismus war der Sowjetunion und Polen im Oktober 1938 auch die Furcht vor einer weiteren deutschen Expansion gemeinsam. Das hätte für beide Seiten Grund genug sein können, bisher dogmatisch vertretene Positionen aufzugeben. Jedoch wurden die einsetzenden

⁹³ E b e n d a.

⁹⁴ Bericht Lipskis vom 20. 10. 1939. E b e n d a.

⁹⁵ AAN, MSZ 5460.

⁹⁶ Dokumenty i Materiały 3, 589, Anm. 1, 595, Anm. 1.

polnisch-sowjetischen Gespräche, deren Initiative eindeutig auf polnischer Seite gelegen hatte, zur Verbesserung der direkten bilateralen Beziehungen, insbesondere von polnischer Seite, nicht mit dem notwendigen Engagement geführt. Aber auch die sowjetische Seite verlor mehr und mehr das Interesse an ihnen, da sie merkte, daß Polen nicht für eine gemeinsame Politik, z. B. in Ostmitteleuropa zu gewinnen war. Sie stimmte schließlich der Deklaration vom 26. November zu, da sie u. a. darin eine Gelegenheit sah, sich aus der außenpolitischen Isolation zu befreien, in die die sowjetische Politik nach München geraten war. Auch wenn direkte Aufzeichnungen der polnisch-sowjetischen Gespräche, die in der Zeit zwischen dem 21. Oktober und dem 4. November 1938 geführt wurden, nicht vorliegen, so sind doch die darin von beiden Seiten vertretenen Grundlinien und entwickelten Konzepte rekonstruierbar. In einer sowjetischen Quellenveröffentlichung heißt es dazu:

„Im Oktober–November 1938 hatte der Außenkommissar der UdSSR einige Unterredungen mit Grzybowski, in deren Verlauf er bestätigte, daß der im Jahre 1932 abgeschlossene sowjetisch-polnische Vertrag ‚vollends in Kraft bleibe‘. Er unterbreitete eine ganze Reihe von Vorschlägen, die eine wirkliche Verbesserung der sowjetisch-polnischen Beziehungen vorsahen, u. a. beiderseitige Konsultationen über sie interessierende internationale Fragen. Jedoch lehnte Grzybowski gemäß Instruktionen aus Warschau diese Vorschläge ab.“⁹⁷

Grzybowski selbst formulierte in einem Artikel vom November 1939 in Paris die Situation im Oktober 1938 folgendermaßen:

„Als die Krise [vom September 1938, Anm. d. Vf.] vorüber war, bemühte sich die polnische Regierung, wieder gutnachbarliche Beziehungen [zur Sowjetunion, Anm. d. Vf.] herzustellen. Die polnische Initiative hatte einen unerwarteten Erfolg. Da sich die Sowjets über die Schwierigkeiten, die zwischen Polen und Deutschland wegen der Tschechoslowakei bestanden, im klaren waren, zogen sie in Erwägung, Polen in ihre politischen Bemühungen einzubeziehen. Zum ersten Mal ließen sich in einigen Gesprächen und in der Propaganda bestimmte sowjetische Pläne in Bezug auf die Nachbarstaaten beobachten. Der Standpunkt Polens war um vieles bescheidener, es kam zu einem Kompromiß.“⁹⁸

Ein weiterer Beteiligter auf polnischer Seite, der Botschaftsrat Jankowski, schrieb später über die polnisch-sowjetischen Gespräche im Oktober/November 1938:

„Im ersten Stadium der Verhandlungen strebte sie [die Sowjetunion, Anm. d. Vf.] als Grundlage der Verständigung den Abschluß eines neuen politischen Aktes an, der über den Bereich der polnisch-sowjetischen Beziehungen hinausging und der in einem bestimmten Maße die polnische Politik von der der Sowjetunion abhängig machte.“⁹⁹

In einer weiteren Arbeit führte Jankowski aus, daß während der Gespräche alle sowjetischen Bemühungen, die die polnische Außenpolitik mittelbar oder auch nur in einem begrenzten Maße der sowjetischen Politik hätten unterordnen können, von Polen abgelehnt worden seien. Der Versuch, Polen die sowjetische Außenpolitik aufzuzwingen, sei einer der Gründe dafür gewesen, daß die Gespräche sich über einen so langen Zeitraum hingezogen hätten¹⁰⁰.

⁹⁷ DVP XXI, 743.

⁹⁸ Grzybowski, Waław: L' année brillante de la politique des Soviets et leur relation avec la Pologne. In: La Voix de Varsovie 2. Paris 1939.

⁹⁹ Jankowski, Tadeusz: Polska i ZSRR [Polen und die UdSSR]. London 1953 (vervielfältigt), 120 f.

¹⁰⁰ Jankowski, Tadeusz: Studium ZSRR [Studium der UdSSR]. London 1953 (vervielfältigt), 203.

Bei der polnisch-sowjetischen Erklärung vom 26. November 1938 handelte es sich dann um keinen Kompromiß, wie Grzybowski es oben darzustellen versucht hatte. In ihr kam ausschließlich die polnische Position nach Wiederherstellung des status quo ante 23. September 1938 zum Ausdruck. Eine Vertiefung der beiderseitigen Beziehungen oder gar eine polnisch-sowjetische Zusammenarbeit in Fragen Ostmitteleuropas, wie es die sowjetische Seite gewünscht hatte, kam für den polnischen Außenminister auch nach München, auch nach dem 24. Oktober, dem Tag des Ribbentrop-Lipski-Gespräches in Berchtesgaden, oder gerade deswegen, nicht in Frage. Beck hatte mit der Erklärung vor allem ein Ziel verfolgt: Die formal korrekte Wiederherstellung der beiderseitigen Beziehungen auf der Grundlage des Nichtangriffsvertrages aus dem Jahre 1932, da dieser nach polnischer Auffassung durch die D  marche Potemkins vom 23. September 1938 erschüttert worden war. Nach Auffassung des polnischen Außenministeriums war mit der polnisch-sowjetischen Erklärung vom 26. November das „Gleichgewicht“ in den Beziehungen Polens zu seinen beiden größeren Nachbarn wiederhergestellt, das während der Krise um die Tschechoslowakei auf eine schiefe Ebene geraten sei, die Kontinuität der polnischen Außenpolitik damit wieder gewahrt¹⁰¹.

Daß es sich dabei um ein rein formalistisch verstandenes Gleichgewicht handelte, das gegenüber der Sowjetunion in der Tat in der Kontinuität der polnischen Außenpolitik lag, enthüllte ein vertraulicher Kommentar der Presseabteilung des Warschauer Außenministeriums, der am Abend des 28. November ausschließlich den in Warschau akkreditierten deutschen Journalisten, und zwar telefonisch (!) und mit der Bitte übermittelt wurde, ihn nur ohne Quellenangabe zu verwenden. Zum Schluß hieß es in diesem vertraulichen Kommentar:

„Die soeben veröffentlichte polnisch-sowjetische Deklaration verfolgt nur das Ziel, die Beziehungen zu normalisieren. In seiner Außenpolitik vertrat Polen stets den Standpunkt, daß die Beteiligung der Sowjetunion an der europäischen Politik überflüssig sei. Es bleibt auch heute noch bei diesem Standpunkt. Im übrigen ist die polnisch-sowjetische Deklaration Ergebnis einer sowjetischen Initiative.“¹⁰²

Da der Wortlaut dieses Kommentars, dessen Inhalt im übrigen durch einen Bericht der deutschen Botschaft in Warschau völlig bestätigt wird¹⁰³, Zugang in ein sowjetisches Archiv fand, unterliegt es kaum einem Zweifel, daß er, wie viele andere Berichte

¹⁰¹ Vgl. den Kommentar der offiziösen Korrespondenz des Außenministeriums PIP (Polska Informacja Polityczna) vom 30. November 1938. PA.AA, Botschaft Warschau, UdSSR 1938–1939.

¹⁰² СССР в бор'бе за мир накануне второй мировой войны [Die UdSSR im Kampf um den Frieden am Vorabend des Zweiten Weltkrieges], 97. Deutscher Text in: Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Bd. 1. Moskau 1983, 308 f.

¹⁰³ Vgl. den Bericht der Botschaft vom 29. 11. 1938. Danach waren die vertraulichen telefonischen Erläuterungen noch umfangreicher gewesen. Nach der Behauptung, daß die Initiative von Moskau ausgegangen sei, habe es darin weiter geheie  en: „Eine Heranziehung Moskaus in die europäische Politik sei damit nicht beabsichtigt. Vielmehr sei Polen als Grenznachbar der Sowjetunion nur daran interessiert, diese Nachbarschaft erträglich zu gestalten. Daneben sei eine Hebung des Warenaustausches erwünscht, zumal er letzthin fast überhaupt aufgehört hätte“. PA.AA, Pol. V, Politische Beziehungen zwischen Polen und Rußland, Bd. 1.

aus der deutschen Botschaft in Warschau über Rudolf von Scheliha, dem Gesandtschaftsrat der Botschaft in Warschau, von Rudolf Herrnstadt, dem in Warschau akkreditierten deutschen Journalisten und Offizier der Roten Armee, nach Moskau weitergegeben wurde, wo die sowjetischen Politiker ihn mit Interesse gelesen haben werden¹⁰⁴. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen befanden sich somit am Ende des Krisenjahres 1938 trotz allem Anschein und trotz der weitergeführten bilateralen Gespräche in einem eher bedauernswerten Zustand. Für den Beginn des Schicksalsjahres 1939 waren das die denkbar ungünstigsten Voraussetzungen.

¹⁰⁴ Rudolf Herrnstadt, 1903 in Gleiwitz geboren, frühes KPD-Mitglied, jahrelanger Redakteur und Auslandskorrespondent des Berliner Tageblattes, war seit ca. 1929 Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes. Seit 1932, mit Zwischenaufenthalt 1933 in Moskau, Korrespondent in Warschau. Über Ilse Stöbe, Agentenname „Alta“ und Mitglied der „Roten Kapelle“, realisierte Herrnstadt seinen Moskauer Auftrag, die Infiltration der deutschen Botschaft in Warschau. Opfer wurde der Gesandtschaftsrat der Botschaft, Rudolf von Scheliha (Deckname „Arier“), der spätestens seit 1937 Herrnstadt mit den geheimsten Informationen, vermutlich gegen gute Bezahlung auf ein Schweizer Bankkonto, aus der Botschaft belieferte. Allerdings soll Scheliha im Glauben gewesen sein, für einen westlichen Geheimdienst zu arbeiten. – Im Jahre 1971 wurden in der oben zitierten sowjetischen Quellensammlung „SSSR v bor'be za mir na kanune vtoroj mirovoj vojny“ zum ersten Mal sowohl Berichte Herrnstadts, als auch Schelihas veröffentlicht. Darüberhinaus enthält die Sammlung auch Berichte des sowjetischen Spitzenagenten in Tokio, Richard Sorge (Agentenname „Ramsay“). Während Scheliha und Sorge als Informanten namentlich bzw. mit Agentennamen genannt werden, wird Herrnstadts Namen nicht erwähnt. Die Informationen aus Warschau, von denen wir ausgehen, daß sie von Herrnstadt stammen, werden als von einem „deutschen Journalisten“ stammend bezeichnet. Vgl. *Ebenda* z. B. 217. Diese Anonymität Herrnstadts hängt vermutlich mit dessen „Nichtexistenz“ in der DDR zusammen, wo er nach dem Kriege Chefredakteur des Neuen Deutschland war, 1953 aber als Gegner Ulbrichts aller Ämter enthoben wurde. Rudolf von Scheliha wurde am 22. 12. 1942 zusammen mit Ilse Stöbe in Berlin-Plötzensee enthauptet. – Vgl. u. a. H ö h n e Heinz: *Der Krieg im Dunkeln. Macht und Einfluß der deutschen und russischen Geheimdienste*. München 1985. – K e g e l, Gerhard: *In den Stürmen unseres Jahrhunderts*. Berlin 1984. – T r e p p e r, Leopold: *Die Wahrheit. Ich war der Chef der Roten Kapelle*. München 1975.